

Belastete Bilder im Kunsthaus

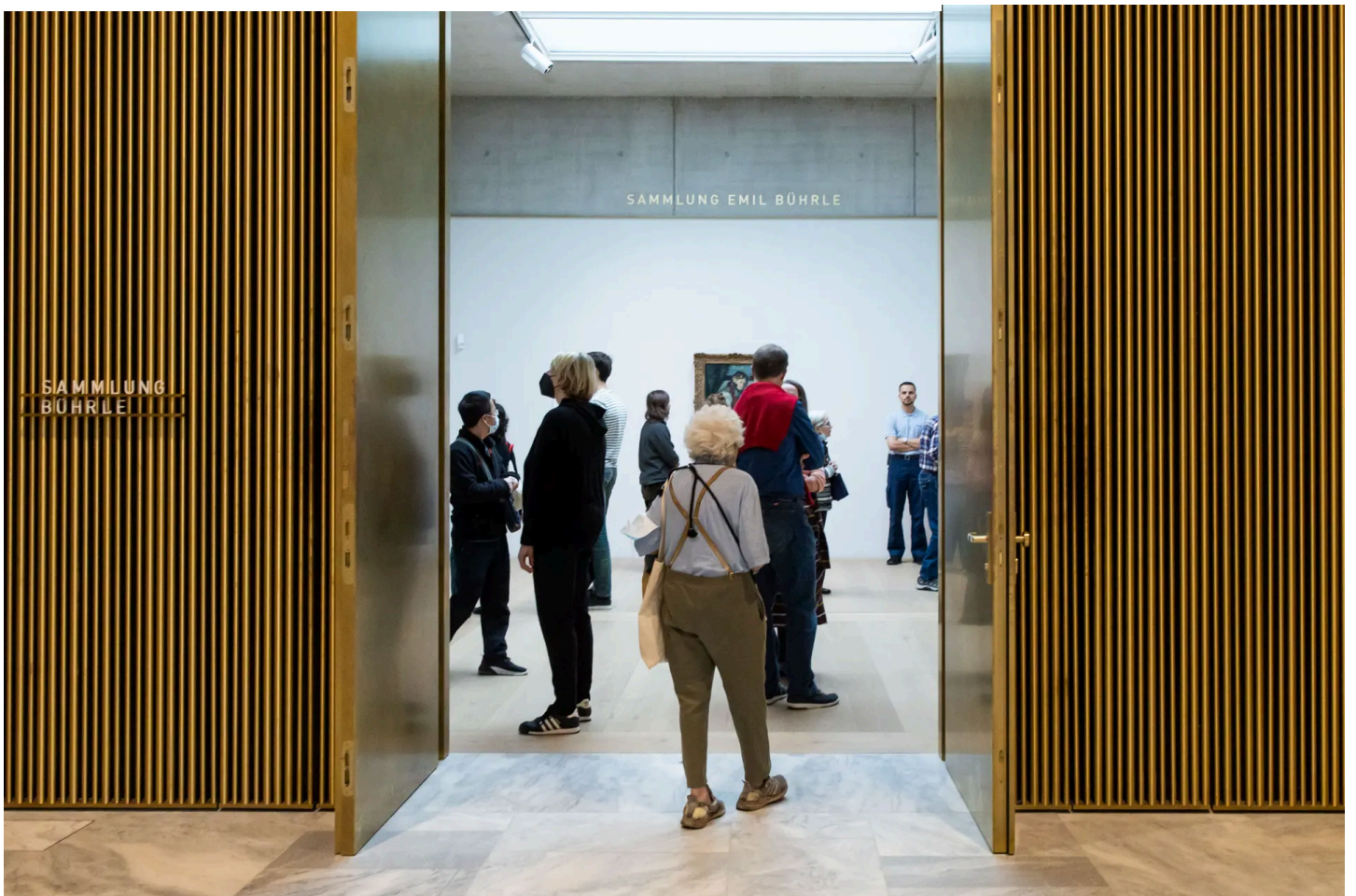
Stadt Zürich soll 3 Millionen Franken für Aufarbeitung der Bührlle-Sammlung zahlen

Das Kunsthaus Zürich braucht Geld. Neben mehr Subventionen soll die Stadt auch zahlen, um die Herkunft der Bührlle-Bilder abzuklären.



Beat Metzler

Publiziert: 26.05.2025, 20:37



Neu sollen für die Sammlung Bührle die gleichen Standards gelten wie für die eigenen Werke des Kunsthauses.

Archivfoto: Anna-Tia Buss



Jetzt abonnieren und von der Vorlesefunktion profitieren.

Abo abschliessen

Login

[BotTalk](#)

In Kürze:

- Das Zürcher Kunsthaus lässt die Herkunft der Sammlung Bührle gründlich untersuchen.
- Dazu beantragt das Kunsthaus bei der Stadt Zürich 3 Millionen Franken.
- Bei Werken mit problematischer Geschichte will die Bührle-Stiftung faire Lösungen mit den Nachkommen der Eigentümer finden.

- Der 3-Millionen-Wunsch kommt zu einer geforderten Subventionserhöhung dazu.

Es reicht nicht, bei weitem nicht.

So [beurteilt Raphael Gross](#) die Provenienzforschung der Sammlung Bührle, deren Bilder berühmter Künstler wie Paul Cézanne und Claude Monet im Zürcher Kunsthaus als Dauerleihgabe hängen. Der Historiker prüfte, wie gut die private Stiftung die Herkunft ihrer 205 Werke aufgearbeitet hat.

Nun will die Zürcher Kunstgesellschaft, der das Kunsthaus gehört, nachbessern. Das teilte sie am Montagabend vor ihrer Jahresversammlung mit.

Während fünf Jahren wird sie die Werke gemäss den Vorgaben von Raphael Gross durch Expertinnen untersuchen lassen. Für die Bührle-Bilder sollen künftig die gleichen Standards gelten wie für die Werke aus der Kunsthaus-Sammlung. Dies war bisher nicht der Fall.

Das Kunsthaus hat zu wenig Geld

Die Geschichte der Bührle-Gemälde zu rekonstruieren, ist aufwendig. Rund 3 Millionen Franken soll diese Arbeit samt dazugehörigen Ausstellungen kosten. Den Betrag übernehmen wird die Kunstgesellschaft.

Doch dafür reicht ihr Budget nicht, bei weitem nicht. Zur Finanzierung der Forschung stellt die Kunstgesellschaft daher einen Unterstützungsantrag an die Stadt Zürich. Sie soll zahlen. Und dies schon bald. Das Kunsthaus möchte umgehend mit der Aufarbeitung der Sammlung loslegen.



Wollen mehr Geld von der Stadt Zürich: Kunsthaus-Direktorin Ann Demeester und Präsident Philipp Hildebrand.

Archivfoto: Dominique Meienberg

Die 3 Millionen sind nicht der einzige Betrag, [die das Kunsthaus aktuell von der Stadt Zürich möchte](#). Kürzlich hat es bereits einen Antrag auf die Erhöhung der Subventionen gestellt. Wie viel zusätzliches Geld das Kunsthaus pro Jahr braucht, wird nicht kommuniziert. Der Stadtrat ist momentan daran, das Geschäft zu prüfen.

Trotz eines erfolgreichen Ausstellungsjahrs machte das Kunsthaus 2024 1,5 Millionen Franken rückwärts. [Gemäss einem Experten](#) liegt dies vor allem an einer zu optimistischen Planung des Neubaus. Auch eine neue [30-Millionen-Franken-Spende ans Kunsthaus](#) wird dieses strukturelle Problem kaum lösen.

Die zusätzliche 3-Millionen-Forderung dürfte nicht unbestritten bleiben. Dahinter steht die Frage: Soll die Öffentlichkeit die Abklärung von Kunst bezahlen, die einer privaten Stiftung gehört? Das Kunsthaus sieht sich dazu verpflichtet, weil es die Bilder öffentlich

ausstellt. Das letzte Wort wird bei beiden Finanzwünschen der Zürcher Gemeinderat haben.

Bührle-Stiftung muss nachzahlen

Die geplante Aufarbeitung könnte auch die Bührle-Stiftung einiges kosten. Bei Werken mit begründeten Hinweisen auf einen erzwungenen Verkauf werde sie «faire Lösungen» mit den Nachkommen der früheren Besitzer suchen, heisst es in der Mitteilung der Kunstgesellschaft. Dazu brauche es «substanzielle finanzielle Beiträge». Eine solche Vereinbarung gelang kürzlich beim Bild «La Sultane» von Edouard Manet. Wie viel Geld die Bührle-Stiftung nachzahlte, ist nicht bekannt.

Käme bei einem problematischen Bild keine solche Einigung zustande, würde das Kunsthaus dieses künftig nicht mehr ausstellen.



Der Historiker Raphael Gross präsentierte im Juni 2024 seine kritische Beurteilung der Bührle-Provenienzforschung.

Foto: Urs Jaudas

Im Umgang mit der Bührle-Stiftung steht das Kunsthaus unter politischem Druck. Nach der Präsentation von Gross' Bericht im Juni 2024 verlangten die linken Parteien «lückenlose Aufklärung». Vor zwei Wochen bekräftigten SP, Grüne, AL sowie GLP und EVP diese Forderung [im Kantonsrat](#) [↗]. Für die Linke stellt auch ein Ausschluss der Bührle-Bilder eine Option dar.

Dazu kommt es nicht. Das Kunsthaus wird die Werke der Bührle-Stiftung weiterhin präsentieren. Der Vertrag läuft vorerst bis Ende 2034.

Bei der Sammlung des früheren Waffenfabrikanten Emil Bührle geht es um die Frage, ob die früheren Besitzer ihre Bilder unter Zwang oder Nötigung an Bührle verkauften. Viele deutsch-jüdische Sammler wurden von den Nazis enteignet und mussten fliehen. Mit den Bildern finanzierten sie ihr Leben. Das machte sie anfällig für unvorteilhafte Geschäfte. Dabei spricht man von «NS-verfolgungsbedingtem Entzug».

Ein langer Streit um Provenienzforschung

[Historiker haben die Bührle-Sammlung](#) immer wieder als stark belastet kritisiert. Offiziell wurde das lange bestritten. Noch 2016 sagte die zuständige Stadtpräsidentin Corine Mauch (SP): «Die Sammlung Bührle gilt als eine der am besten erforschten Sammlungen weltweit.»

Der von der Stadt, dem Kanton und dem Kunsthaus beauftragte Raphael Gross kam zum gegenteiligen Schluss: Bei einer grossen Anzahl von Werken seien die [Provenienzen nicht oder nicht ausreichend erforscht](#). Und die Forschungsergebnisse liessen sich oft kaum nachvollziehen.

Dies soll sich nun ändern. Falls die Stadt 3 Millionen freigibt.

NEWSLETTER

Zürich heute